

# Bündnis Bundestransparenzgesetz

Transparency International Deutschland e.V.  
Alte Schönhauser Str. 44 | 10119 Berlin

An die Partei- und Fraktionsvorsitzenden der  
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

vorab per E-Mail an:  
XXX

**Alexandra Herzog**

Vorsitzende  
Geschäftsstelle  
Alte Schönhauser Str. 44  
10119 Berlin  
Tel.: +49 30 549898-0  
E-Mail: aherzog@transparency.de  
www.transparency.de

Berlin, den 26. September 2024

## Parlamentarisches Verfahren für das Transparenzgesetz

Sehr geehrte Frau XXX,  
sehr geehrter Herr XXX,  
sehr geehrter Herr XXX,

wir, das zivilgesellschaftliche Bündnis für ein Bundestransparenzgesetz, bitten Sie eindringlich, dieses Koalitionsvorhaben voranzutreiben. Die jüngsten Landtagswahlen haben erneut gezeigt: Vertrauen ist die unverzichtbare Grundlage für eine funktionierende Demokratie. Wer den Institutionen und der Politik misstraut, wird ihre Entscheidungen nur schwer als legitim anerkennen. Dem begegnen wir vor allem, indem sich Politik gegenüber den Bürger:innen und Bürgern öffnet, wie zuletzt auch in der OECD Studie „Drivers of Trust in Public Institutions“ festgestellt wurde.

Deutschland liegt bei der Informationsfreiheit inzwischen nicht nur in Europa, sondern auch weltweit am unteren Ende. Dies wird auch zunehmend von internationalen Organisationen wie dem Europarat negativ angemerkt. Das Transparenzgesetz ist daher für uns eines der zentralen Vorhaben der Ampelkoalition.

Es zeichnet sich ab, dass die Erarbeitung des Gesetzes durch die Ministerien scheitert. Ein fertiger Entwurf liegt vor, wird aber aus zeitlichen Gründen voraussichtlich nicht mehr rechtzeitig die nächsten Schritte im Gesetzgebungsprozess durchlaufen und vonseiten der Bundesregierung im Bundestag eingebracht werden.

Die SPD selbst ist Vorreiterin für eine moderne Regelung zur Informationsfreiheit. So hat die Fraktion bereits 2013 einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Bundestag eingebracht, der u.a. durch Herrn Klingbeil persönlich vertreten wurde. Das Versprechen für ein Transparenzgesetz war 2021 ebenfalls wieder Teil des Wahlprogramms der SPD.

Um dieses Versprechen einzulösen, muss jetzt das Parlament aktiv werden, damit das Verfahren noch vor der Bundestagswahl abgeschlossen werden kann. Die Koalitionsfraktionen können den fertigen Entwurf des BMI als eigenen Vorschlag in den Bundestag einbringen. Entsprechend wurde auch beim ursprünglichen Informationsfreiheitsgesetz vorgegangen, als dieses ebenfalls aufgrund des Zeitablaufs zu scheitern drohte.

Wir richten uns mit einem ähnlichen Appell an Ihre beiden Koalitionspartner. Alle drei Fraktionen haben in der jüngeren Vergangenheit die Einführung eines Transparenzgesetzes gefordert. Dieses wichtige Vorhaben darf auf der Zielgerade nicht scheitern. Die Expert:innen unseres Bündnisses stehen Ihnen und den verantwortlichen Fachpolitiker:innen dabei selbstverständlich jederzeit für ein Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Alexandra Herzog

Vorsitzende Transparency International Deutschland e.V.